



Strukturierte Befragung im Rahmen der Vernehmlassung zum Ratschlag und Entwurf

Teilrevision Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bitten Sie, Ihre Stellungnahme zur Vernehmlassung anhand des nachfolgenden Befragungsforschulars auszufüllen und anschliessend elektronisch als Word-Dokument innerhalb der Vernehmlassungsfrist bis am 4. September 2019 an folgende E-Mail-Adresse zu senden: vernehmlassung.museumsgesetz@bs.ch

Dies erleichtert eine strukturierte Auswertung und erhöht damit die Aussagekraft der Vernehmlassungsergebnisse.

Falls Sie Ihre Stellungnahme lieber per Briefpost verschicken, können Sie diese an die untenstehende Adresse senden:

Präsidentenamt des Kantons Basel-Stadt
Abteilung Kultur
Vernehmlassung Teilrevision Museumsgesetz
Marktplatz 30a
4001 Basel

Angaben zur Vernehmlassungsadressatin / zum Vernehmlassungsadressat

Institution/Person	CVP Basel-Stadt
Kontaktperson für Rückfragen	Sara Murray
Strasse, Nummer	Güterstrasse 86A
PLZ/Ort	4053 Basel
E-Mail	sekretariat@cvp-bs.ch
Telefon	078 916 52 88

Fragen zur Vernehmlassung zur Teilrevision Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz)

1. Welche Chancen sehen Sie in der Teilrevision des Museumsgesetzes?

Die CVP Basel-Stadt begrüsst die Anpassungen, die im Rahmen der Revision des Museumsgesetzes vorgenommen werden. Vor allem die Kreditvergabe im 4-Jahre Globalbudget bietet nachhaltige Planungsmöglichkeiten für die Museen.

Ebenfalls ist positiv zu werten, dass die breite Öffentlichkeit endlich Stellung nehmen kann zu Zukunftsszenarien der Basler Museen.

2. Sehen Sie im Rahmen der Teilrevision des Museumsgesetzes auch negative Aspekte? Falls dies zutrifft, welche?

Die Basler Museen bleiben in Basel in der kantonalen Verwaltung stark eingebunden, was wiederum wenig Freiheit mit sich bringt. Eine erhöhte Unabhängigkeit der Museen wäre prüfenswert, damit diese selbstständiger arbeiten und planen könnten.

Eine Auslagerung in Form einer Stiftung, eines Vereins oder einer anderen gemeinnützigen Körperschaft im Besitz des Kantons muss dringend geprüft werden. In der jetzigen Form unterliegen die Museen einem zu engen Korsett innerhalb der kantonalen Verwaltung. Zudem erhalten die Museen auch aufgrund ihrer Organisationsform kaum Bundesmittel und auch das Sammeln von Spenden ist in der unselbständigen jetzigen Form deutlich schwerer.

Für die Basler CVP ist die Autonomie der Museen der zentrale Punkt einer Vision für die Zukunft. Ohne eine seriöse Prüfung der Auslagerung wird die CVP Basel-Stadt die Teilrevision des Museumsgesetzes nicht unterstützen.

3. Befürworten Sie die Klärung von Zuständigkeiten nach zeitgemässen Governance-Standards im Gesetzestext? (insbes. §7, Abs. 4 Museumskommissionen)

Ja Nein

Begründungen/Bemerkungen:

4. Befürworten Sie die finanzrechtlichen Anpassungen zur Stärkung der Selbstständigkeit und Flexibilität sowie Erhöhung der Planungssicherheit der staatlichen Museen durch die Einführung von 4-Jahres-Globalkrediten (§ 9 Globalkredit und Leistungsauftrag, § 10 Nachtragskredite und Mehrjährige Globalkredite, § 11 Kreditübertragungen, Rücklagen, § 12 Gebühren)?

Ja Nein

Begründungen/Bemerkungen:

Wenn die Autonomie tatsächlich gestärkt werden soll, gehört auch finanzielle Verantwortung dazu. Das heisst, es soll 4-Jahres-Globalkredite geben – Nachtragskredite dürfen nur in Notsituationen bewilligt werden. Umgekehrt muss geprüft werden, ob der Politik die Kompetenz zur Reduktion eines bereits beschlossenen mehrjährigen Globalkredits eingeschränkt werden soll – nur dann kann die Planungssicherheit erhöht werden.

5. Befürworten Sie die gesetzliche Verankerung des Auftrags an die Museen, sich der Öffnung für eine breite Bevölkerung und der kulturellen Vielfalt zu verpflichten, ein inklusives Angebot zu fördern und einen möglichst einfachen Zugang zu den kulturellen Werten zu ermöglichen? (§ 3 Kultur- und Bildungsauftrag und § 12 Gebühren)?

Ja Nein

Begründungen/Bemerkungen:

Die CVP Basel-Stadt fordert eine Auslagerung der Museen aus der kantonalen Verwaltung. Mit der gesetzlichen Verankerung von Aufträgen und detaillierten Vorschriften wird die Autonomie geschwächt.

6. Befürworten Sie die im Gesetzestext präzisierten Grundlagen zum Ausbau von Kooperationen und Partnerschaften der Museen untereinander und mit Dritten (§ 13 Koordination)?

Ja Nein

Begründungen/Bemerkungen:

Partnerschaften unter den Museen sind grundsätzlich zu begrüßen. Diese können jedoch nicht gesetzlich vorgeschrieben werden. Die CVP Basel-Stadt möchte den Museen mehr Autonomie zugestehen und jedem Museum ermöglichen, seine eigene Strategie zu entwickeln. Daher sollen die Museen auch selber über den Ausbau von Kooperationen und Partnerschaften beraten.

Besten Dank für Ihre Bemühungen.